Verordnung zum Schutze von Landschaftsbestandteilen in der Gemeinde Schrum (Wald bei Schrum)

Auf Grund der §§ 5 und 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBI. I, S. 821) sowie des § 13 der Durchführungsverordnung vom 31. Oktober 1935 (RGBI. I, S. 1275) wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Schleswig für den Bereich der Gemeinde Schrum im Kreise Süderdithmarschen folgendes verordnet:

§ '

Die in der Landschaftschaftsschutzkarte bei dem Landrat in Meldorf mit roter Farbe eingetragenen Landschaftsteile im Bereich der Gemeinde Schrum im Kreise Süderdithmarschen (Wald bei Schrum) werden in dem Umfange, der sich aus der Eintragung in der Landschaftsschutzkarte ergibt, mit dem Tage der Bekanntgabe dieser Verordnung dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

§ 2

Es ist verboten, die in der Landschaftsschutzkarte mit roter Farbe eingetragenen Landschaftsteile zu verändern, zu beschädigen oder zu beseitigen. Es ist ferner verboten, innerhalb der in der Landschaftsschutzkarte kenntlich gemachten Landschaftsteile Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen, den Naturgenuß zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten. Hierunter fällt die Anlage von Bauwerken aller Art, Verkaufsbuden, Zelt- und Lagerplätzen, Müll- und Schuttplätzen sowie das Anbringen von Inschriften und dergleichen. Insbesondere sind alle Maßnahmen verboten, die dem Gebiet den Charakter als Laubwald nehmen, insbesondere das Abholzen von Laubbäumen und das Neupflanzen von Nadelbäumen. Unberührt bleibt die wirtschaftliche Nutzung, sofern sie dem Zweck dieser Verordnung nicht widerspricht.

§ 3

Ausnahmen von den Vorschriften im § 2 können von mir in besonderen Fällen zugelassen werden.

§ 4

Wer den Bestimmungen des § 2 zuwiderhandelt, wird nach den §§ 21 und 22 des Reichsnaturschutzgesetzes und dem § 16 der Durchführungsverordnung bestraft.

§ 5

Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntgabe im Amtsblatt der Regierung in Schleswig in Kraft.

Meldorf, den 25. März 1938.

Der Landrat als untere Naturschutzbehörde.